



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Deutschland als Feindstaat

**Deutschfeindlichkeit
gestern und heute**



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

**Deutschland als Feindstaat
Deutschfeindlichkeit gestern und heute**

Herausgeber:

DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage Juni 2020

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	6
1. Deutschfeindlichkeit und der angebliche deutsche „Selbsthaß“. Urteile und Vorurteile.	7
2. Deutschfeindlichkeit vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert.	7
3. Deutschland und die Deutschen im Urteil der Anderen.	15
4. Deutschland als „Feindstaat“. Die Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen.	20
5. Antideutsche und antifaschistische Parolen als politische Kampfmittel der Sowjetunion, der DDR und ihrer Verbündeten (1917-1991).	23
6. Die Hintergründe der antideutschen Kampagne.	28
7. Antifaschismus als Deutschfeindlichkeit – ein innen- und außenpolitisches Kampfmittel.	29
8. Der angebliche deutsche „Selbsthaß“ und der „Schuld kult“.	31
9. Linksintellektuelle und linksbürgerliche Versuche, ein „anderes“ Deutschland zu schaffen.	33
10. Das Urteil über Deutschland und die Deutschen nach 1990.	35
11. Die Deutschfeindlichkeit ist nicht einzigartig.	37
12. Was zu tun ist. Wie soll auf die Angriffe reagiert werden?	38
13. Benützte und weiterführende Literatur.	43
15. Der Autor	46

Einleitender Hinweis

Wir muten dem Leser mit unserem Beitrag Einiges zu: Es handelt sich um ein unerfreuliches Thema, nämlich eine herabsetzende Darstellung der Deutschen, ihrer Kultur, der politischen Verhältnisse und ihres Tuns und Denkens. Niemand wird dies gerne zur Kenntnis nehmen, und viele werden geneigt sein, sich lieber anderen, erfreulicheren Fragen zuzuwenden. Aber halt! Es geht darum, sich in einer Zeit rasanten Wandels der Lebensverhältnisse zu behaupten. Wer das ablehnt, kapituliert vor den negativen Folgen der Veränderungen. Wir stellen uns hier die Aufgabe, Bewußtsein zu bilden und Wege zur Lösung der Zeitprobleme zu zeigen. Dabei soll nicht der Anspruch erhoben werden, fertige Problemlösungen zu präsentieren. Vielmehr werden Anregungen zum Weiterdenken und zur gedanklichen Vertiefung geboten. Kennzeichen der Zeit ist die ständige Veränderung. Dieser Text ist ein Versuch, keine abschließende Darstellung, das Bild der Deutschen zukunftsweisend zu erfassen. Deshalb mögen die Leser das hier Geäußerte nicht fatalistisch hinnehmen, sondern es als Anregung zu vertiefter Weiterarbeit und zu praktisch-politischer Anwendung betrachten.

Also – was soll erreicht werden? Kenntnis vermitteln, Ursachen erkennen, die Angriffe abwehren, aber nicht wehleidig (eine schlechte Angewohnheit vieler Deutscher), sondern streitbar. Deshalb: Stärkung des Selbstbewußtseins, aber ohne Selbstüberschätzung. Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß Deutscheindlichkeit eine Reaktion der Schwächeren ist, die sich vom Stärkeren bedroht oder bevormundet fühlen. Ganz falsch ist die lügenhafte Bezeichnung von Völkerfreundschaften. Freundschaften können nur unter Einzelnen aufgrund persönlicher Nähe entstehen. Zwischen Nationen und Regierungen kann es nur sachlich begründete Interessenpartnerschaften geben, die zum Eigennutz betrieben werden. Deswegen gilt es, den Wunschvorstellungen links-progressiver Illusionisten entgegenzutreten, die eine Betonung nationaler Eigeninteressen für unzeitgemäß und ewiggestrig (linke Lieblings-Diffamierungsvokabel) halten. Angebracht ist auch, den Wandel von Raum und Zeit zu beachten. Während im 19. und 20. Jahrhundert die Betonung des Nationalinteresses bei vielen Staaten zu Großmachtansprüchen führte, geht es heute um Selbstbehauptung angesichts

des rasanten Wandels technologischer, militärischer und politischer Veränderungen. Es geht nicht um Vormacht, sondern um Selbstbehauptung. Also: Bescheidenheit ist keine Schwäche, sondern Zeichen der Zeit.

1. Deutschfeindlichkeit und der angebliche deutsche „Selbsthaß“. Urteile und Vorurteile.

Worum es geht. Negative Urteile über Völker und andere soziale Gruppen

Worum geht es hier? Wir wollen uns mit negativen, feindseligen Einstellungen unter modernen Nationen befassen und stellen selbstverständlich die nahestehendste, die eigene deutsche Nation in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Gewiß – Unrecht, Gewalt, Feindschaft, Verfolgungswahn, Unterdrückung, Ausbeutung, gar Massenmorde hat es immer in der menschlichen Geschichte gegeben. Also nichts Besonderes? Doch! Wir heute Lebenden haben die Aufklärung, das Zeitalter der Empfindsamkeit und humanitäre Ideologien erlebt und erfahren. Unter diesem Aspekt sind die negativen terroristischen Erscheinungen der zeitgenössischen Politik anders und kritischer zu bewerten als die Vorkommnisse der Vergangenheit. Zugleich wird in aller Bescheidenheit versucht, die Frage „Was tun“?, „Wie sollten wir uns verhalten“?, zu beantworten. Die Menschen sind nie imstande gewesen, alle guten Absichten zu verwirklichen. Oft wurde das Paradies versprochen, aber die Hölle erreicht. Dennoch soll trotz schlechter Erfahrungen versucht werden, das Beste zu erreichen. Die Aufklärung über die Zusammenhänge kann den Weg für die Möglichkeiten zeigen.

2. Deutschfeindlichkeit vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert

Das Bild Deutschlands und der Deutschen hat sich bei ausländischen Betrachtern im Laufe der Zeit, insbesondere in der Moderne, also ab dem 19. Jahrhundert, gewandelt. Mit dem Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht (18. Jahrhundert), insbesondere mit der Reichsgründung 1871 unter Preußens Führung, entstand in Mitteleuropa ein Machtzentrum, das in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht so stark war, daß es von anderen Mächten als bedrohlich empfunden wurde.

Das Bild des wirklichkeitsfremden, unpolitischen, untertänigen Deutschen ironisierte Heinrich Heine (Deutschland, ein Wintermärchen, 1814/44):

„Man schläft sehr gut und träumt auch gut
In unsern Federbetten
Hier fühlt die deutsche Seele sich frei
Von allen Erdenketten.

...

O deutsche Seele, wie stolz ist dein Flug
In deinen nächtlichen Träumen!

...

Franzosen und Russen gehört das Land
Das Meer gehört den Briten.
Wir aber besitzen im Luftreich des Traumes
Die Herrschaft unbestritten.
Hier üben wir die Hegemonie,
hier sind wir unzerstückelt.
Die andern Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.“

Als positiv galten die wissenschaftlichen und philosophischen Leistungen, die von Deutschland ausgingen, aber die politischen Verhältnisse hielt man für rückständig.

Das Bild änderte sich mit der Reichsgründung 1871. Typisch für die Einschätzung des Deutschen war vor allem in den Nachbarstaaten nunmehr der Offizier, der herrschsüchtige und reaktionäre Junker, der arrogante Bürokrat und der strebsame Kaufmann, der seinen ausländischen Konkurrenten überlegen war. Deutschland galt als autoritär, militaristisch und rückständig, dabei als expansiv und gefährlich, so daß der „Kreuzzug für die Demokratie“ während des 1. Weltkrieges seine ideologischen Wurzeln im Deutschenbild nach 1871 hatte.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden Demokratie und republikanische Staatsform prinzipiell als positiv angesehen. Die Ablösung der Weimarer Demokratie durch die nationalsozialistische Herrschaft verkehrte den positiven Eindruck wiederum ins Gegenteil, insbesondere während der Kriegszeit (1939/41-1945) wurde an die älteren deutschfeindlichen Vorstellungen angeknüpft und eine historische Kontinuität von den Anfängen deutscher Geschichte über das „militaristische“ Preußen, das autoritäre, obrigkeitsstaatliche Kaiserreich bis hin zum Nationalsozialismus konstruiert, dessen Erfolge als Ergebnis der deutschen Geschichte gedeutet wurden. (Klaus Epstein: Das Deutschlandbild der Amerikaner. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/62, 21.11.1962, S. 593 f. und Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Berlin 1947).

Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus wurden die deutsche Geschichte und der Volkscharakter der Deutschen negativ bewertet. Einen starken Einfluß auf das angloamerikanische Deutschenbild der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts hatte der zeitweilige britische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittard, dem der Nationalsozialismus als vollendeter Ausdruck des deutschen Volkscharakters erschien, da die deutsche Geschichte seit dem Siege Hermann des Cheruskers über die Römer im Jahre 9 n. Chr. nicht vom zivilisierenden Einfluß der römischen Hochkultur gemildert worden sei. Sondern Fortschrittsfeindlichkeit, Kriegslust und Barbarei seien die Kennzeichen. Vansittards Bücher „The black record“ und „Lessons of my Life“ waren in Großbritannien und in den USA erfolgreich und haben während des 2. Weltkrieges zahlreiche andere Autoren angeregt, ähnliche Schriften zu veröffentlichen. Insbesondere Louis Nizer: „What to do with Germany?“ behauptet, daß es keinen Unterschied zwischen natio-

nalsozialistischer Führung und dem deutschen Volk gebe. Deutsche Geschichte und Traditionen haben seiner Darstellung zufolge das deutsche Volk zu einem Erzverschwörer gegen die Zivilisation gemacht. Krieg und Massenmord seien ethisch gerechtfertigt, der Nationalsozialismus sei nur ein anderer Name für Pangermanismus.

Neben diesen Bewertungen der deutschen Geschichte als grundsätzlich autoritär und aggressiv stehen Versuche einer psychologischen und psychoanalytischen Deutung. Ein Beispiel bietet der Psychiater Richard Brickner: „Is Germany incurable?“ Hier wird der Versuch unternommen, Verfolgungswahn massenpsychologisch als Triebkraft für das Verhalten eines ganzen Volkes zu deuten. Die deutsche Furcht vor einer nicht existierenden Einkreisung und die Vorstellung, die ganze Welt sei gegen Deutschland, die Neigung, die Schuld immer bei anderen zu suchen, die Unfähigkeit zu Kompromissen gelten dem Autor als typische Anzeichen von Verfolgungswahn (Paranoia). Brickner schlägt eine Art Umerziehung der deutschen Bevölkerung durch demokratisch-sozialistische Parteien und Gewerkschaften vor.

In der deutschen Öffentlichkeit wurden vor allem zwei Schriften, die allerdings nur geringen Einfluß hatten, bekannt. Bereits während des Krieges nutzte Propagandaminister Goebbels die Schrift von Theodore N. Kaufman: *Germany must perish* (1941) weil er sich von der Forderung des Autors, Deutschland für immer zu beseitigen, propagandistische Wirkungen versprach. Kaufman forderte nämlich, die Deutschen auf „humanitäre“ Weise durch Sterilisation auszulöschen. Niemand wird getötet, die Deutschen sterben mangels Nachwuchs aus. Diese Schrift eines Außenseiters hatte genauso wenig Wirkung wie der ebenfalls sehr öffentlichkeitswirksame Morgenthau-Plan, der die Entindustrialisierung Deutschlands vorsah.

Es sollte ein reiner Agrarstaat werden und dadurch für alle Zeit an militärischer und imperialistischer Politik gehindert werden. Auch dieser Plan, den Morgenthau in seinem erst 1945 veröffentlichten Buch „*Germany is our problem*“ in aller Öffentlichkeit vertrat, fand zwar Aufmerksamkeit, aber wegen offener Undurchführbarkeit bereits damals in

den USA kaum Zustimmung. (Siehe: Wie Amerika während des Krieges über Deutschland dachte. In: Die amerikanische Rundschau 3, 1947, Heft 13, S. 117ff. Die Schrift von Theodore N. Kaufman wurde 1985 neu veröffentlicht mit deutscher Übersetzung und Kommentierung im Facsimile Verlag Bremen).

Der 1. Weltkrieg (1914-1918) brachte eine starke Welle propagandistischer Deutschfeindlichkeit. Kriege wurden nicht nur militärisch, sondern auch psychologisch und pseudomoralisch geführt. Deutschland galt als Bedrohung für den Weltfrieden. Nach dem Krieg setzte sich eine differenziertere Sicht durch. Erst mit der expansiven Außenpolitik der nationalsozialistischen Regierung ab 1938 wandelte sich das Deutschenbild wiederum zum Negativen. Das britische Deutschenbild ist stark pragmatisch geprägt. Ein Deutschland, das wegen seiner politischen, militärischen und ökonomischen Macht als Gefahr betrachtet wird, findet Ablehnung und Feindschaft. Befindet sich Deutschland in einer Situation, in der es britischen Interessen nicht entgegen handelt oder machtlos ist, bessert sich das Bild. Welche Wirkung die gegenwärtige britische Krise wegen des Austritts aus der Europäischen Union („Brexit“) haben wird, muß z. Z. offen bleiben. Die Folgen dieser Maßnahmen dürften aber nicht ohne Einfluß auf das deutsch-britische Verhältnis bleiben.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind durch die enge geographische Nachbarschaft geprägt. Im 17. und 18. Jahrhundert galten in Deutschland französische Lebensart, Literatur, Baukultur und auch politische Formen als Vorbild. Andererseits entstanden im Jahrhundert des 30jährigen Krieges wegen der expansiven Außenpolitik Ludwigs XIV. erste Spuren der späteren Erbfeindschaftsidee. Das Deutschenbild der Franzosen war bis weit ins 18. Jahrhundert von Geringschätzung und Nichtbeachtung beeinflusst. Dann aber wurde das Bild positiver. Im Verlaufe der Französischen Revolution verstärkte sich, auch durch französische Emigranten, die nach Deutschland kamen, das Interesse an deutscher Literatur und an den politischen Verhältnissen in Deutschland. Das französische Deutschenbild wurde durch das Deutschlandbuch der Madame de Staël (1810) stark beeinflusst. Deutschland galt als staatlich zersplittert, was sich auf die kulturelle Entwicklung günstig

ausgewirkt habe. Die Deutschen wurden als offenherzig, treu, gutmütig und schwerfällig geschildert. Den hochmütigen und selbstgefälligen Franzosen werden die Deutschen gegenüber gestellt, die viel Achtung vor dem Ausland und nicht genug nationales Selbstbewußtsein haben. Preußen wird in diesem Buch als militärisches wie auch als philosophisches Gebilde geschildert.

Eine allmähliche Wendung ins Negative nahm das französische Deutschenbild erst nach 1848. Französische Bestrebungen, den Rhein als Grenze zu gewinnen, fanden erbitterten nationalen deutschen Widerstand. Preußens zunehmende Macht in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts führte zu wachsender Distanz.

Zusammenfassend läßt sich zum französischen Deutschenbild feststellen, daß die Sympathie mit dem machtlosen, zersplitterten Deutschland auch nach 1815 bestehen bleibt. Das Buch der Madame de Staël bleibt bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts Richtschnur für französische Gebildete. Das Bild vom fleißigen, gelehrten, aber politisch bedeutungslosen Deutschen wird zum vorherrschenden Bild bei den Franzosen. Ab 1848, mit dem Kampf um die Rheingrenze beginnt die Distanz gegenüber Deutschland. Erst nach 1870, nach der Niederlage Frankreichs und der Gewinnung Elsaß-Lothringens durch das neue Deutsche Reich wird das Deutschenbild negativ, ja haßerfüllt.

Die Betrachtung des russischen Deutschenbildes ist im Vergleich zum französischen wegen der Unterschiede interessant. Die Franzosen haben auf die Deutschen lange Zeit herabgesehen, sich ihnen kulturell und politisch überlegen gefühlt und allenfalls die Einfachheit und Zivilisationsferne der Deutschen positiv zur Kenntnis genommen. Dem entspricht fast gänzlich das Bild, das die Russen und die Deutschen voneinander hatten. Das kulturelle West-Ost-Gefälle stellt die Deutschen auf die Stufe der höher Entwickelten, die den Russen einerseits Vorbild sind, denen aber auch andererseits Neid und Ablehnung wegen ihrer vermeintlichen Hegemoniebestrebungen entgeggebracht werden.

Die deutsche Einigung 1871 hat bei vielen russischen Intellektuellen wie Iwan S. Turgenjew und Dostojewski negative Reaktionen hervorgeru-

fen. In Übereinstimmung mit manchen (progressiven) Deutschen und vielen westlichen Beobachtern bedauerten sie den Niedergang des Weimarer Geistes zugunsten staatlicher, ökonomischer militärischer Machtentfaltung. Der Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts, der sich in Rußland in Form eines völkisch betonten Panslawismus äußerte, führte im letzten Jahrzehnt jenes Jahrhunderts zu einer immer stärker werdenden Verschlechterung des russischen Deutschenbildes. Eine Annäherung Rußlands an Frankreich und später England war die Folge. Auch die russische Intelligenz orientierte sich zunehmend von Deutschland weg nach Westeuropa.

Besondere Beachtung verdient das Deutschenbild der Polen und Tschechen, weil beide durch die geographische Nachbarschaft und die Verbindung mit der deutschen Geschichte eine Vorstellung haben, in der Herrschaft und Unterwerfung, nationales Freiheitsstreben Sympathie und Antipathie bestimmen.

Das polnische Deutschenbild ist durch drei Ereignisse bestimmt, nämlich die Ansiedlung des Deutschen Rittenordens, die deutsche Ostsiedlung und die polnischen Teilungen ab 1772. Die polnische geopolitische Situation ist der Deutschlands sehr ähnlich: ein Land mit offenen, nicht natürlichen Grenzen, zwischen mächtigen Nachbarn eingeklemt, deren Politik bewirkte, daß die Gestalt des polnischen Staatsgebietes sich über Jahrhunderte immer wieder änderte.

Schließlich haben die polnischen Teilungen, an denen außer Preußen Rußland und Österreich maßgeblich beteiligt waren, auch das Deutschenbild verschlechtert. Die preußische Politik der Germanisierung im 19. Jahrhundert, Versuche, die polnische Sprache zurückzudrängen, haben die Ressentiments gegen den mächtigen, beherrschenden westlichen Nachbarn verstärkt. Als Polen nach dem 1. Weltkrieg wieder ein souveräner Staat wurde, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen in Posen und Oberschlesien um die Grenzziehung. Die polnische Unterdrückung der deutschen Bevölkerungsteile in den ehemaligen preußischen Provinzen belastete das gegenseitige Nationenbild erheblich.

Zum Deutschenbild der Tschechen: Vom 11. Jahrhundert bis 1918 waren Böhmen und Mähren Teile des Deutschen Reiches (bis 1806), später, bis 1918, der österreichisch-ungarischen Monarchie. Ein kulturelles Ost-West-Gefälle hat es hier nicht gegeben. Die sehr viel mildereren Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen bezogen sich auf den Gebrauch der deutschen Sprache als Amtssprache und im 19. Jahrhundert – mit dem Erwachen des Nationalismus – auf das Versagen einer Autonomie, wie sie 1867 den Ungarn gewährt worden war. Damals entstand ein tschechisches Geschichtsbild, das antideutsche und anti-österreichische Aspekte auf kulturnationalistischer Grundlage enthielt. Nach der Selbständigkeit 1918 wurde die deutschsprachige Bevölkerung weitgehend von der Verwaltung ausgeschlossen und die deutsche Sprache als Amtssprache zurückgedrängt. Stark verschlechtert wurde das Deutschenbild erst durch die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete 1938 und die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren 1939. Soweit es in der Tschechoslowakei ein negatives Deutschenbild gegeben hat, so beruhte es auf der jahrhundertelangen politischen Vorherrschaft der Deutschen. Die Stellung der Tschechen im alten Reich (vor 1806) und in der österreichisch-ungarischen Monarchie war nicht die von Unterworfenen. Deswegen ist die Deutschfeindlichkeit sehr stark nach 1945 aus politischen Interessengründen geschürt worden, einmal, um durch die Vertreibung der Deutschen den völkisch homogenen Einheitsstaat herzustellen, zum anderen, um die Integration in den Ostblock mit der „deutschen Gefahr“ zu rechtfertigen.

Schließlich verdient das Deutschenbild der Schweiz Erwähnung. Geopolitische, weltanschauliche und völkische Faktoren haben das Bild des großen nördlichen Nachbarvolkes geprägt. Nach 1866 und 1871 hat es kurze Zeit in der Schweiz Befürchtungen vor dem neuen machtvollen Deutschen Reich gegeben. Vor allem die konservativen deutschschweizer Protestanten gewannen aus religiös-weltanschaulichen und historischen Gründen eine positive Einstellung zu Deutschland. Emigranten, die zur Zeit der Sozialistengesetze in der Schweiz Zuflucht suchten, haben antimonarchische und gegen den Obrigkeitsstaat gerichtete Auffassungen der republikanischen Schweizer verstärkt. In erster Linie sind diese in der französischsprachigen Schweiz laut geworden, in der es ohnehin starke Sympathien für Frankreich gab, eine

Zuneigung, die durch die republikanische Staatsform des nachnapoleonischen Frankreich verstärkt wurde.

Aus diesen Länder-Skizzen mag deutlich werden, von welchen unterschiedlichen Faktoren das Deutschenbild abhängig ist. Negative Gefühle werden dem als mächtig und deswegen als bedrohlich Empfundene entgegengebracht. Je räumlich näher ein Volk den Deutschen ist, desto intensiver ist die Abneigung aus politischen Gründen. Bei räumlich ferner Lebenden, wie den Russen oder Amerikanern, mit Einschränkung auch bei den Briten, spielen imperiale Gründe politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art für das Deutschenbild die entscheidende Rolle.

3. Deutschland und die Deutschen im Urteil der Anderen

Ein historischer Überblick über die Entstehung der Deutschfeindlichkeit in der Vergangenheit war nötig, um zu erkennen, daß diese üble Erscheinung kein Ergebnis gegenwärtiger Interessenpolitik ist. Allerdings haben der 2. Weltkrieg und die Niederlage Deutschlands eine Verschärfung gebracht. Anti-Nazismus diente der Steigerung der Deutschfeindlichkeit. Zwar war Deutschland 1945 kein Machtfaktor mehr, aber die deutsche Besetzung fast ganz Europas und die Verfolgungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Regimes hatten ein Klima geschaffen, das die ohnehin vorhandene Abneigung gegen die Deutschen zum Teil bis zum Haß verstärkte. Antinazismus („Antifaschismus“, wie die sich einbürgernde kommunistische Generalklausel lautete) und antideutsche Einstellungen fielen zusammen. Der Unterschied zwischen Deutschen und Nationalsozialisten wurde im Ausland nicht gemacht. Die meisten Deutschen versuchten, sich zu entlasten, indem sie so taten, als habe es nie eine Übereinstimmung mit der NS-Herrschaft gegeben. Das wurde bei den damaligen Feindnationen anders gesehen. Am 11. Mai 1945 billigte Präsident Truman die Direktive JCS 1067 vom 26.4.1945 über die Hauptziele der US-Militärregierung. Darin heißt es, Deutschland werde nicht zum Zweck seiner Befreiung besetzt, sondern als „besiegter Feindstaat“. Kontakte zwischen Amerikanern und Deut-

schen („Fraternisation“) wurden verboten, alle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die dazu führen könnten, daß der Mindestlebensstandard in Deutschland über das Niveau eines Nachbarstaates steigen könne, wurden untersagt. In der Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz (Potsdamer Konferenz) vom 2. August 1945 heißt es: „... Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden“. In der gleichen Erklärung heißt es allerdings auch, daß es nicht die Absicht der Alliierten sei, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Es solle den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, sich auf ein Leben friedlicher und demokratischer Art vorzubereiten. Unter dieser Bedingung werde es zu gegebener Zeit den Deutschen möglich sein, den Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Erde einzunehmen. (Dieter Blumenwitz: Was ist Deutschland? Staats- und völkerrechtliche Grundsätze. Bonn 1982, S. 75). Der Wandel trat ab 1946 ein. Der Ost-West-Konflikt verschärfte sich 1948 zum Kalten Krieg mit der Folge, daß die Westmächte und die Sowjetunion sich jeweils um jene Deutschen bemühten, die ihrer Vorherrschaft unterstanden.

Es begannen Befürchtungen vor einer neuen deutschen Machtposition, was für das Jahr 1948 einigermaßen unsinnig anmutet. Als die Sowjetunion in diesem Jahr einen Bündnisvertrag mit Finnland abschloß, wurde dieser ausdrücklich mit dem Hinweis auf eine möglicherweise von Deutschland ausgehende Gefahr begründet, obwohl Deutschland damals als Völkerrechtssubjekt handlungsunfähig war. Der „Monat“, eine seit 1945 in Berlin (West) erscheinende, USA-finanzierte Zeitschrift, fragte im Juni 1949 besorgt: „Erwacht Deutschland schon wieder? – Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren.“ Das Grundgesetz war gerade verabschiedet, Bundestagswahlen standen bevor, eine Bundesregierung gab es noch nicht – schon tauchten Befürchtungen auf, der neue deutsche Teilstaat, Produkt des Ost-West-Konfliktes, könne seinen neuen sogenannten Freunden und Förderern gefährlich werden. Vor allem wurde damals gefürchtet, Deutschland könne sich der Sowjetunion zuwenden auch, um die Spaltung in zwei Staaten zu vermeiden.

Kaum jemals wurde versucht, nach den Hintergründen dieser Kampagne zu fragen. Hier soll der Versuch unternommen werden, das Entstehen dieser deutschfeindlichen Propaganda in den politischen Zusammenhang zu stellen. In den Jahren des „Kalten Krieges“ hatten die antideutschen Kampagnen die Aufgabe, die Bundesrepublik Deutschland zu isolieren. Dem sollte die Behauptung dienen, sie sei in geistiger und personeller Hinsicht die Fortsetzung des NS-Reiches. In der öffentlichen Meinung der westlichen Nationen sollte der Eindruck entstehen, dieser Verbündete sei es nicht wert, unterstützt zu werden, weil die Opfer von gestern mit den Tätern in ein widernatürliches Bündnis gezwungen seien. Es sei deswegen moralisch geboten und auch zu verantworten, von den Bündnisverpflichtungen Abstand zu nehmen und die Bundesrepublik Deutschland fallen zu lassen. Im Laufe der Zeit zeigte diese, besonders von der Sowjetunion und ihren Verbündeten, insbesondere der DDR, betriebene Kampagne Wirkung sowohl auf die öffentliche Meinung des westlichen Auslandes als auch auf die Meinungsbildung innerhalb der Bundesrepublik. Allerdings fand die antifaschistisch getarnte antideutsche Kampagne in der stalinistischen Zeit (vor 1956) nur geringe Wirkung, weil die Abwehr des sowjetischen Einflusses im Vordergrund stand. Das änderte sich, als mit der Entstalinisierung durch Chruschtschow eine Politik der Koexistenz begann, die den Ost-West-Konflikt deutlich verminderte. Das hatte für die Bundesrepublik Deutschland problematische Folgen. Sie beharrte auf die vertraglich vereinbarte Unterstützung der Westmächte in der Frage der deutschen Einheit und wurde dadurch zum Störfaktor bei der Entspannungspolitik, die dem deutschen Interesse, für eine Wiedervereinigung einzutreten, nicht entsprach. Das vergrößerte die Bereitschaft, Gründe zu suchen, sich von der Bundesrepublik zu distanzieren. Eher bei Intellektuellen als bei den Regierungen und der Bevölkerung kam es ab 1958 zunehmend zu deutschlandkritischen Äußerungen, die sich gegen einen Störenfried der Ost-West-Entspannung richteten und sich antifaschistischer deutschfeindlicher Argumente bedienten. Damals erschien in den USA das Buch von T. H. Tetens: *The new Germany an the old Nazis*. Tetens war ein deutscher Emigrant, Anhänger des pazifistischen Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster. Tetens hatte bereits 1953 ein Buch „*Germany plots with the Kremlin*“ veröffentlicht, in dem er den Amerikanern erklären wollte, Deutschland sei ein unzuverlässiger Verbündeter, der

die Westmächte verraten werde. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend, wurde die Unzuverlässigkeit nicht in einer Wiederkehr des Nazismus gesehen, sondern in der Neigung der Deutschen, zwischen Ost und West zu schwanken und den Westen zugunsten des Ostens zu verraten, wenn dies Deutschland Vorteile, etwa bei der Wiedervereinigung, bringe. Um 1960 hatten sich die Verhältnisse gewandelt. Die deutschfeindliche Propaganda bediente sich jetzt verstärkt der vorher zwar vorhandenen, aber wenig wirksamen antifaschistischen Stereotype. Die Ausführungen von Tetens waren offenkundig durch Veröffentlichungen des Ost-Berliner „Ausschusses für Deutsche Einheit“ ange-regt worden. Eine Umfrage von 1958 stellte fest, daß junge Amerikaner zwischen 14 und 19 Jahren mit der Bezeichnung „deutsch“ die Begriffe „Nazis – Krieg – Konzentrationslager – Verfolgung – Hitler“ verbanden. Als informierender Faktor wurden Kriegs- und Anti-Nazi-Filme aus dem Fernsehen angegeben. Entscheidender für die Belastung des Deutschlandbildes dürfte die Berliner Krise seit dem November 1958 sein, die ihnen deutlich machte, daß es um Berlin zu einem militärischen Konflikt mit der Sowjetunion kommen könnte. (Sabina Lietzmann: Lasst doch die Deutschen weinen. Gefährliche Deutschland-Klischees in Amerika. In: FAZ 12.12.1961). Als Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin 1962 in London einen Vortrag hielt, wurde die Veranstaltung gestört und er als Kriegshetzer beschimpft. Brandt repräsentierte eine Stadt, die durch ihre Existenz als Vier-Sektoren-Gebilde und infolge der Spannungen durch die Kuba-Krise 1962 Großbritannien in einen Konflikt hätte ziehen können. Insbesondere in England waren in jenen Jahren häufiger Äußerungen zu hören, die Zweifel an der Bereitschaft, im Ernstfall eine Schutzfunktion auszuüben, erkennen ließen. Die Verpflichtungen in Deutschland und für Berlin waren nicht mehr für den Westen materiell drückend wie in den fünfziger Jahren. Aber sie wurden in Zeiten einer möglichen Entspannung politisch lästig. Eine Offenheit für die antifaschistischen und antideutschen Argumente, die aus dem Osten kamen, nahm zu, weil ihnen die Rechtfertigung für eine Distanzierung von Bündnispflichten entnommen werden konnte.

Der epochale Wandel 1989/91 hat auch das Deutschenbild beeinflusst. Die Sowjetunion hatte die Antifa-Propaganda mit antideutscher Tendenz zur Sicherung ihrer Vorherrschaft benutzt, um das westliche

Bündnis zu stören. Die EU-Staaten hatten ein Interesse daran, Deutschland stärker in die internationale Pflicht zu nehmen, um selbst entlastet zu werden. Kritik an Deutschland erfolgte jetzt mit dem Vorwurf mangelnden proeuropäischen Engagements.

Es soll noch einmal der Versuch unternommen werden, die wellenförmigen Bewegungen des Deutschenbildes nach 1945 bis zur Gegenwart zu erklären.

Bedingt durch den Krieg und den Nationalsozialismus war das Bild bis 1948 eindeutig negativ. Ab 1948/49 wandelte es sich, bedingt durch das Interesse der jeweiligen Vormächte, „ihre“ Deutschen zu gewinnen, zum Positiven.

Im Jahr 1956 begann mit der Entstalinisierung der Abbau des Ost-West-Gegensatzes, 1958 verhärtete sich mit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows die internationale Situation wieder, allerdings war Deutschland jetzt nicht mehr der umworbene Verbündete des Westens, sondern an ihm wurde die Spannung zwischen Ost und West deutlich. Am Mauerbau 1961 zeigte sich die Neigung der Westmächte, den durch die deutsche Spaltung gegebenen weltpolitischen Status quo hinzunehmen. Zwischen 1956 und 1963, dem Ende der Ära Adenauer kann man einen Höhepunkt der Nachkriegs-Deutschfeindlichkeit sehen, die mit antifaschistischen Argumenten vom Osten angeheizt, vom Westen aufgenommen und nachgeredet wurden. Koexistenz und Entspannung wurden von den Deutschen mit ihren dauernden Mahnungen gestört, an die Wiedervereinigung zu denken. Es lag nun im Interesse der Westmächte vor sich selbst Rechtfertigungen zu finden, sich von den Forderungen eines lästig gewordenen Verbündeten zu distanzieren.

Im Jahre 1982 endete die fast 14jährige Herrschaft der sozialliberalen Koalition, und wurde durch eine neue „rechte“ oder konservative Regierung abgelöst. Als bald brandeten Angriffe gegen die „Rechtsregierung“ kurzzeitig wieder auf.

Nach 1991 wuchs das Interesse der EU- und der Nato-Staaten, Deutschland stärker zu beanspruchen, um diese Nachbarstaaten zu

entlasten. Die kritischen bis offen deutschfeindlichen Argumente richteten sich jetzt nicht mehr gegen angebliche „faschistische“, die Nachbarn bedrohende Gefahren durch das imperiale Deutschland, sondern genau umgekehrt: Die Neigung zur Zurückhaltung wurde jetzt als Schwäche kritisiert und ein stärkeres Engagement, ja, geradezu „Führung“ wurden verlangt.

Gerade dieser zusammenfassende Überblick zeigt, daß jedes Land, das über Macht und Einfluß verfügt, auf Ablehnung stößt, in ersten Linie bei den unmittelbaren Nachbarn und Konkurrenten. Wie heftig und in welche Richtung die Abneigung geht, hängt von der jeweiligen Interessenlage ab.

4. Deutschland als „Feindstaat“. Die Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen

Worum geht es bei den berühmt-berüchtigten Feindstaatenklauseln, wie sie in der Umgangssprache genannt werden, obwohl man besser von „Artikeln“ sprechen sollte. Welche Bedeutung haben sie für die Deutschfeindlichkeit? Zunächst seien die beiden Artikel aus der Charta der Vereinten Nationen hier im Wortlaut wiedergegeben:

Art. 53: 1. Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.

2. Der Ausdruck „Feindstaat“ in Abs. 1 bezeichnet jeden Staat, der während des 2. Weltkrieges Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Art. 107: Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des 2. Weltkrieges in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch dies Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

In der DDR wurde seinerzeit von „antifaschistischen Klauseln“ gesprochen. Die DDR vertrat die Auffassung, in keiner rechtlichen oder sonstigen Kontinuität zum Deutschen Reich zu stehen. Deshalb betrachtete sie diese Klauseln als für sich bedeutungslos, nicht aber in Bezug auf die Bundesrepublik, die sich in einer rechtlichen Kontinuität zum Deutschen Reich sah.

Hier wird der Zusammenhang von antideutscher und antifaschistischer Propaganda ganz deutlich. Die Feindstaatenartikel hatten eine doppelte Funktion: Sie schufen ein Sonderrecht der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen Deutschland und seine damaligen Verbündeten. Für alle Maßnahmen gegen diese „Feindstaaten“ waren die Vereinten Nationen nicht zuständig. Zum anderen wurde diesen „Feindstaaten“ das Recht verweigert, bei Streitigkeiten die Vereinten Nationen anzurufen. Es wird ihnen ein Status minderen Rechts in der internationalen Gemeinschaft zugewiesen. Zwar erklärt Art. 103 der Uno-Charta den Vorrang des Satzungsrechts gegenüber anderen Verträgen, den „Feindstaaten“ gegenüber errichten die Artikel 107 und 53 eine Ausnahme von diesem Prinzip. Eine Anmerkung zur Literatur:

Dietrich Frenzke, Jens Hacker, Alexander Uschakow: Die Feindstaatenartikel und das Problem des Gewaltverzichts der Sowjetunion im Vertrag vom 12.8.1970. Berlin 1971. Dieter Blumenwitz: Feindstaatenklauseln. Die Friedenordnung der Sieger. München/Wien 1972. Werner Trützscher von Falkenstein: Die sich ändernde Bedeutung der Feindstaatenartikel (Art. 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen) für Deutschland. Bern und Frankfurt 1975. Walter Pflüger: Die Deutschland- und Berlin-Frage und die Feindstaatenartikel der UN-Charta. In: Gottfried Zieger (Hg.): Deutschland und die Vereinten Nationen. Köln 1981, S. 73-91. Monica H. Forbes: Feindstaatenklauseln, Vier-Mächte-Verantwortung und Deutsche Frage. Zur Fortgeltung der

Art. 53 und 107 der Satzung der UN. Baden-Baden 1983. Eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages: Überleitungsvertrag und „Feindstaatenklauseln“ im Lichte der völkerrechtlichen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. 2006. WD – 108/06 verdanke ich viele nützliche und wichtige Hinweise der Entwicklung seit 1990 bis ins 21. Jahrhundert. Strittig war bis 1990/91, wieweit der Begriff des „Feindstaates“ auszudehnen sei. Neben Deutschland und Japan gehörten dazu Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn. Diese waren aber unterdessen in die Vereinten Nationen aufgenommen und waren Unterzeichner der Charta. Österreich und Korea wurden nach verbreiteter Meinung ausgenommen, da sie von Deutschland und Japan annektiert worden seien. Thailand galt nur nach britischer Auffassung als Feindstaat. Die Mehrzahl der Völkerrechtler vertrat im Laufe der Jahre die Auffassung, Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen seien und mit denen ein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, seien nicht mehr unter die Feindstaaten im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen zu rechnen. Auf diese Weise blieb lediglich Deutschland als Feindstaat übrig. Strittig war, ob Japan auch darunter zu rechnen sei. Es war zwar Mitglied der UNO, mit ihm hatten jedoch nur die Westmächte 1951 einen Friedensvertrag abgeschlossen. Aus dieser Übersicht folgt, daß seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Aufrechterhaltung der Feindstaatenartikel sich ausschließlich gegen Deutschland richtete, worauf auch die Formel „antifaschistische Klauseln“ hinweist. Praktische Bedeutung gewann dies während der Berlin-Blockade, als die Sowjetunion die Auffassung vertrat, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei nicht zuständig, da es sich bei den Maßnahmen der sowjetischen Regierung um Aktionen gegenüber einem Feindstaat handele, die vom Art. 107 gedeckt seien. Dem widersprachen die Westmächte nur insofern, als es sich bei der Blockade nicht um eine gegen Deutschland gerichtete Maßnahme, sondern um einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und den drei Westalliierten handele. Als 1951 eine Delegation der Vereinten Nationen in die DDR Einreise begehrte, um dort die Möglichkeit freier Wahlen zu erörtern, wurde der Delegation mit der Begründung die Einreise verweigert, die Vereinten Nationen seien für Deutschland nicht zuständig.

In einem am 21. November 1967 den Westmächten übergebenen Memorandum berief sich die Sowjetunion darauf, daß die Feindstaatenklauseln der Sowjetunion auch nach dem Austausch von Erklärungen über den Gewaltverzicht noch ein Interventionsrecht in inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik gäben. (ausführliche Angaben in der oben zitierten Literatur von Hacker, Blumenwitz und Forbes. Auch Boris Meissner (Hg.): Moskau – Bonn, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955 – 1973. Köln 1975, S. 769). Die drei westalliierten Regierungen wiesen die Moskauer Ansprüche zurück. Nach ihrem Rechtsverständnis lasse sich aus den Feindstaatenartikeln kein einseitiges (!) Interventionsrecht der Sowjetunion herleiten. Damit betonten auch die westlichen Alliierten, daß ihrer Auffassung nach ein gemeinsames Vorgehen für möglich gehalten wurde, und daß die Feindstaatenartikel damals als geltendes Völkerrecht betrachtet wurden.

Die praktische Bedeutung der Feindstaatenartikel ist gering gewesen. Keines der beiden Lager in Ost und West wäre zur Intervention im Deutschlandbereich der jeweils anderen Machtgruppe imstande gewesen, ohne die Gefahr eines Krieges heraufzubeschwören. Auch die Bundesregierung hat sicher aus diesem Grunde die Bedeutung der Artikel stets heruntergespielt. Bedeutungslos sind sie aber nicht gewesen, da sie die Bundesrepublik zu einer engeren Anlehnung an die Westmächte veranlaßt haben, insbesondere wegen der Lage West-Berlins.

Von der Bundesregierung wurden die Feindstaatenklauseln stets als „obsolet“, also als zeitlich überholt, bezeichnet. Eine Streichung aus dem Wortlaut der UNO-Charta wurde oft versucht, ist aber stets unterblieben. Sind sie also wirklich „obsolet“? Das ist eine Frage, die in der Gegenwart nicht überholt ist. Wenn sich die politischen Methoden und Umgangsformen der US-Präsidentschaft Trump durchsetzen, dann ist kein Vertrauen auf „obsolet“ angebracht. Die Reaktivierung der Klauseln ist zwar nicht sicher, aber sie ist denkbar. Das „obsolet“ könnte als bloße, unverbindliche Redensart betrachtet werden.

5. Antideutsche und antifaschistische Parolen als politische Kampfmittel der Sowjetunion, der DDR und ihrer Verbündeten (1917-1991)

An dieser Stelle mag sich mancher Leser fragen, welchen Sinn und Zweck es hat, die Propagandatätigkeit kommunistischer Systeme der Vergangenheit zu behandeln. Gibt es doch diese Staaten seit ihrem Zusammenbruch nicht mehr. Es handelt sich um einen wesentlichen Grund: Die deutschfeindliche Antifa-Propaganda hat bleibende Wirkungen verursacht, die in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland bis in die Gegenwart zu bemerken sind. Wer den heutigen Antifaschismus verstehen will, sollte sich des Ursprungs in der Nachkriegszeit bewußt sein. So erklärt sich auch die Notwendigkeit des zeitlichen Rückblicks. Die Vergegenwärtigung der Vergangenheit ist notwendig.

In Osteuropa gab es nach dem Kriegsende 1945 einen besonders starken Deutschenhaß. Sehr deutlich drückt sich das in der Vertreibung Deutscher aus allen östlichen Provinzen und Ländern aus. Der erste Wandel trat ab 1946 mit dem Zerfall der gegen das Deutsche Reich gerichteten Kriegskoalition auf. Jetzt bot sich die antifaschistisch verhüllte deutschfeindliche Propaganda an, um das westliche Bündnis, in das Westdeutschland aufgenommen wurde, zu destabilisieren. Schon 1946 erhob die Sowjetunion Vorwürfe gegen die Westmächte, die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz nach Entnazifizierung nicht konsequent durchzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist das Jahr 1948, das den Bruch zwischen den ehemaligen Kriegs-Verbündeten vertiefte. Jugoslawien trennte sich von der Sowjetunion. Gegen Tito wurden prompt Faschismusvorwürfe erhoben. Die Spaltung Deutschlands vertiefte sich durch die Währungsreformen und die Bestrebungen der Westmächte, einen westdeutschen Staat zu gründen. Das führte zur Abkehr von antinationalsozialistischen „Säuberungsmaßnahmen“, die in den folgenden Jahren durch die westdeutsche (nunmehr die „bundesrepublikanische“) Wiederbewaffnung verstärkt wurde. Damit ergab sich die Notwendigkeit auf westlicher Seite, die gestern noch inhaftierten und negativ charakterisierten ehemaligen Offiziere, auch Generäle der Wehrmacht, zu umwerben.

In den Propagandaangriffen der Sowjetunion wurde durchgängig zwischen Volk und Regierung der Bundesrepublik unterschieden. Da nach der kommunistischen Faschismusinterpretation die Arbeiterschaft von Handlangern des Monopolkapitals beherrscht wird, richtete sich die Agitation gegen das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Vor allem aber richtete sich die Propaganda gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die als Renaissance aggressiver deutscher Revanche-Absichten geschildert wurde.

Bereits in der sowjetischen Reaktion auf die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag 1949 hieß es, die von den Amerikanern installierte Bonner „Marionettenregierung“ solle in den aggressiven Atlantikblock eingegliedert werden. In sowjetischen Noten an die Westmächte wurde immer wieder auf die aus dem Potsdamer Abkommen resultierende Forderung nach einem entmilitarisierten Deutschland hingewiesen. „Verbrechen der deutschen Faschisten“ wurden mit dem Hinweis verknüpft, daß die geplante westdeutsche Armee von ehemaligen Hitler-Generälen geführt werde. Eine qualitative Veränderung der sowjetischen Kampagne ließ sich Anfang der sechziger Jahre feststellen. Der Vorwurf des Revanchismus und Imperialismus wurde jetzt mit gezielten Attacken gegen Einzelpersonen vorgebracht. Als „Kriegsverbrecher“ wurden Bundeswehrgeneräle wie Adolf Heusinger, Generalleutnant Foertsch, sogar der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Untersuchung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Erwin Ernst Schüle, bezeichnet. Letzterem wurde peinlicherweise gerade in dieser Position, NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen. Bundespräsident Heinrich Lübke wurde in der Prawda wegen seiner Verbindung zur Rüstungsindustrie angegriffen. Er habe damit das NS-Regime gestärkt und zur Ausnutzung von KZ-Häftlingen beigetragen.

Heftig reagierte die Sowjetunion propagandistisch auf die Wahlerfolge der Nationaldemokratischen Partei (NPD), die ab 1965 bei den meisten Landtagswahlen die 5%-Grenze überspringen konnte. „Wer kann unter diesen Umständen garantieren, daß in der Bundesrepublik nicht ein neuer Hitler, dazu noch mit Kernwaffen in der Hand, auf den Plan tritt?“ (Archiv der Gegenwart 12957-12960), fragte die Sowjetunion in einer an die drei Westmächte und an die Bundesregierung gerichteten Note.

Unter Bezugnahme auf die Feindstaatenartikel und das Potsdamer Abkommen reklamierte die Sowjetunion ausdrücklich ein Interventionsrecht in der Bundesrepublik für sich.

Diese Kampagnen richteten sich gegen die westliche Bündnispolitik insgesamt: „Die Unterstützung des faschistischen Regimes in Portugal, die Begünstigung der Franco-Diktatur in Spanien, der mit Hilfe der führenden Kreise der NATO organisierte Putsch in Griechenland (21. April 1967), die Ermunterung zur Aktivität der ehemaligen Hitler-Faschisten und Nazis in Westdeutschland – all das zeugt von dem zutiefst antidemokratischen Charakter der Politik der in der Organisation des Nordatlantikpaktes vereinigten Kräfte.“ (Sowjetische Erklärung vom 9.4.1969, AdG 14 608f.).

Ab Mitte der 60er Jahre dienten die deutschfeindlichen Antifa-Kampagnen der Sowjetunion nicht mehr in erster Linie der Destabilisierung des westlichen Bündnisses, sondern der Integration des Ostblocks. In China, Rumänien, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gab es nationalkommunistische und liberale Auflockerungserscheinungen, die teilweise zum Bruch mit der Sowjetunion führten. Kampagnen, die sich gegen die vermeintliche „deutsche Gefahr“ richteten, hatten die Aufgabe, den Ostblock zu stabilisieren, die Loyalität der Polen und Tschechen durch die Erinnerung an die deutsche Okkupation vor 1945 zu gewährleisten. Derartige Angriffe dienten als wirkungsvolles Mittel sowjetischer Politik, wie das folgende Zitat von Jan Jozef Lipski, Berater der Gewerkschaft „Solidarität“ beweist: „Die Angst vor einer Wiederkehr des deutschen Expansionismus oder sogar des Nazismus konkretisiert sich in der Befürchtung, die in der Bundesrepublik vorhandenen Tendenzen auf Rückforderung von Gebieten könnten reale Gestalt annehmen. Diese Befürchtungen sind es auch, die in den Massenmedien geschickt gesteuert werden. ... Sooft die Polen nur davon zu träumen beginnen, die Jalta-Last abzuwerfen, werden sie an die deutsche Gefahr ante portas erinnert.“ (Der Spiegel 20. 8. 1984, S. 90 f).

Auch die bis 1990 aufrecht erhaltene Behauptung, die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn sei ein Verbrechen „deutscher Faschisten“, diene diesem Zweck. So vordergründig und durchschaubar diese

Kampagnen auch waren, wie das Beispiel Katyn zeigt – eine Loyalität zur Sowjetunion als Schutzmacht sollte auf diese Weise herbeigeführt werden.

Während von 1946 bis 1960 die Kampagnen hauptsächlich von der Sowjetunion betrieben wurden, ist im Westen die gegenteilige Entwicklung eingetreten. Mit zunehmender Entspannung unter der Präsidentschaft Kennedys nahmen sie in westlichen Staaten zu. Die östliche Propaganda hat auch im Westen Wirkung gezeigt.

Besondere Bedeutung hatten die gegen Westdeutschland gerichteten Angriffe stets für die DDR, die sie in Form des Antifaschismus zur Grundlage ihrer Legitimation machte. Walter Ulbricht hat in den 50er Jahren festgelegt, der konsequente antifaschistische Kampf müsse darauf gerichtet sein, „die Wurzeln des Faschismus, die Herrschaft des Finanzkapitals“ zu beseitigen. (Dietrich Eichholz (Hg.): Faschismusforschung. (Ost-) Berlin 1980, S. 16) Mitte der 50er Jahre steigerten sich im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung die Vorwürfe einer ungebrochenen „faschistischen“ Kontinuität erheblich. Adressat dieser Angriffe war das westliche Ausland, in dem auf Kriegserinnerungen beruhende antideutsche Ressentiments wach gehalten und gegen die Bundesrepublik gekehrt werden sollten. Aber auch in der Innenpolitik der Bundesrepublik hatten die Vorwürfe der „Renazifizierung“ Wirkung, was wiederum die DDR zur Verstärkung dieser Propaganda anregte. Am 7. Januar 1954 wurde dort der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ gegründet, der bis 1965 bestand und über fünfzig Publikationen herausgebracht und internationale Pressekonferenzen veranstaltet hat.

Dem gleichen Ziel dienten Versuche, durch den Nationalsozialismus scheinbar oder wirklich belastete Personen aus dem öffentlichen Leben zu eliminieren. Einen bedeutenden Erfolg erzielte der „Ausschuß“ mit Veröffentlichungen, die sich gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer richteten und zu dessen Rücktritt führten. In ähnlicher Weise versuchte der „Ausschuß“ gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, vorzugehen. Er hatte als Mitautor im Jahre 1935 einen Kommentar zu den antisemitischen Nürnberger Gesetzen herausgegeben. Es gelang in diesem Falle nicht, Globke als Staatssekretär zu verdrängen, obwohl die Angriffe in der Bundesrepublik, hier vor allem bei der SPD-Opposition, Widerhall fanden.

Alles in allem blieben die Versuche der DDR, mit Hilfe dieser Kampagnen die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik zu destabilisieren und einen Keil zwischen sie und die westlichen Verbündeten zu treiben, erfolglos, aber nicht wirkungslos. Eine ganze Reihe von politisch tätigen Personen mußten ihre Position räumen. Dokumente aus Archiven der DDR wurden von westdeutschen und ausländischen Journalisten übernommen. Sie wären nicht benutzt worden, wenn ihre kommunistischen Absichten deutlich betont worden wären. Unter dem Vorwand aber, es gehe um die Säuberung des öffentlichen Lebens von nationalsozialistischen Überresten, wurden die Argumente als akzeptabel betrachtet. Der Rückblick auf vier Jahrzehnte antideutscher und antifaschistischer Propaganda zeigt, daß die Sowjetunion und ihre Satelliten dieses Instrument in erster Linie manipulativ eingesetzt haben, um historische Ressentiments für die Tagespolitik zu aktivieren. Sobald es im Interesse der Sowjetunion und der DDR lag, sich mit dem Westen zu arrangieren, wurden die Angriffe eingestellt. Aber es gelang in zahlreichen Fällen, die Bundesregierung in die Defensive zu treiben, so daß sie personalpolitisch nachgab. Auf die öffentliche Meinung des westlichen Auslandes sind die östlichen Kampagnen nicht ohne Einfluß geblieben – was auch für die Zeit nach dem Ende des „Realsozialismus“ gilt.

6. Die Hintergründe der antideutschen Kampagne

Negative Bilder, die vor allem Nachbarvölker voneinander haben, hat es immer gegeben. Im Verhältnis der Nachbarn zueinander spielen Furcht, das Gefühl der Bedrohung und der Abneigung gegen Überfremdung eine größere Rolle als die Neigung zu gutnachbarlicher Verständigung. Wenn also Nachbarvölker von den Deutschen ein negatives Bild haben, verdient das wegen möglicher Folgen zwar Aufmerksamkeit, aber keine Wehleidigkeit. Unsicherheit und Wehleidigkeit zeigen der anderen Seite nur die eigene Erpreßbarkeit und fördern deren Kampagnen, statt sie zu beenden.

Hintergrund aller negativen Kampagnen war das Langzeitbild, das seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Deutsche Reich als in je-

der Hinsicht – militärisch, ökonomisch und politisch – übermächtig und bedrohlich darstellte. Die beiden Weltkriege haben eine heftige Propaganda ausgelöst, die das Bild des bedrohlichen Deutschen eingehämmert haben, das bis in die jüngste Vergangenheit (vor 1991) eine erkenntnisleitende Funktion gewann. Deshalb hat nach 1945 das Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland in engem Zusammenhang mit der Absicht gestanden, das deutsche Potential für die jeweiligen Vormächte in Ost und West zu nutzen. Die Furcht, die Bundesrepublik könne das westliche Bündnis verlassen und ein Arrangement mit dem Osten suchen, zeigt deutlich das Mißtrauen auf der westlichen Seite.

Nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ 1991 und seines Bündnissystems besteht die Furcht vor einem mächtigen einheitlichen Deutschland. Jetzt wird Deutschland zur finanziellen und militärischen Entlastung benötigt, zu stärkerem Engagement gedrängt. Vorher galt jede politische Aktivität als Infragestellung des Status quo und damit als friedensbedrohend.

Das Bild der Deutschen ist vom Machtinteresse näherer und fernerer Nachbarn abhängig. Das gilt sowohl für das Langzeitbild als auch für aktuelle Ereignisse. Versicherungen des Wohlverhaltens können deshalb gegen die machtpolitischen wirtschaftlichen und militärischen Interessen nichts ausrichten.

7. Antifaschismus als Deutschfeindlichkeit – ein innen- und außenpolitisches Kampfmittel

Die Mentalität der modernen Deutschen wird aus zwei Erfahrungen geformt: Der globalen technologischen Wandlung, die hier nicht zu behandeln ist, und dem nationalen Wandel Deutschlands im 20. Jahrhundert. Die „Bewältigung der Vergangenheit“ nach der Niederlage 1945 verursachte eine Erschütterung aller Ebenen der soziokulturellen und ökonomischen Traditionen, der Strukturen – Werte – Konventionen – sozialen Milieus – und der Rituale des Umganges. Es erfolgte der Sturz von der Weltmachtposition des Deutschen Reiches zur völligen staatlichen Auflösung 1945, dann die Heranbildung einer Mittelmacht, die durch die

Wirkungen zweier totalitärer Systeme, des Nationalsozialismus und das der DDR, belastet war. Insbesondere die Erfahrung mit dem Kommunismus bestimmte die Auseinandersetzung um die Gefährdung der neuen demokratischen Ordnung. Von 1949 bis zum Ende der „realsozialistischen“ Staaten 1990/91 gab es in der Bundesrepublik Deutschland eine starke Ablehnung des Linksextremismus, der trotz einiger Linkstendenzen zwischen 1968 und 1974 keine Wahlerfolge hatte (siehe Angaben dazu bei Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 bis 1977, Köln 2001). Für die gegenwärtige Situation des 1990 neu geeinten Deutschland gilt es, die Linksdrift zu erklären, da sie in einem Land stattfindet, das die doppelte Erfahrung einer rechten, der NS-Herrschaft, und einer linken, der kommunistischen totalitären Herrschaft, gemacht hat. (Zitiert nach H. H. Knütter: Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat, S. 8, siehe Lit. Verz.)

Der Antifaschismus hat sich insbesondere in Deutschland wegen der NS-Vergangenheit als die Norm erwiesen, auf die sich in Ost und West gegensätzliche Kräfte einigen konnten. Die Linken beriefen sich darauf, weil sie den Antifaschismus sowohl moralisch als auch soziostrukturell vertraten. Für sie bedeutete Antifaschismus Antikapitalismus und damit Sozialismus. Der unattraktive „wissenschaftliche Sozialismus“ wird durch einen moralisierenden Antifaschismus ersetzt. Er verleiht Gewaltaktionen und anderen kriminellen Taten die Aura moralischer Unantastbarkeit. Zugleich zwingt er jede Gegenaktion, selbst kritische Äußerungen, sich als nicht-faschistisch auszuweisen. Entsprechend lahm und hilflos war die Reaktion des Establishments. Es ist den Extremisten, besonders den Linken gelungen, die angeblich abwehrbereite Demokratie als nur beschränkt abwehrbereit bloßzustellen. Der Linksextremismus wurde salonfähig, insbesondere in Medien und Bildungsinstitutionen. Die „Rechten“ hingegen wurden diffamiert und die Diskussion über ihre Ansichten tabuisiert. Diese Polarisierung hat sich zugespitzt, die traditionelle deutsche Neigung, Politik als Weltanschauungskampf zu betreiben, und den Gegner nicht als Konkurrenten, sondern als Vertreter des absoluten Bösen hinzustellen, hat zugenommen. Diese Darstellung ist wichtig, um zu erklären, daß die ideologische Dürftigkeit der Linken, aber auch erheblicher Teile des Establishments im Antifaschismus, im „Kampf gegen Rechts“, einen dürftigen Restbestand früherer

theoretischer Geschlossenheit hat. Damit kann durch die Identifikation eines Feindbildes der Zusammenhalt der eigenen, recht heterogenen Reihen gefunden werden. Die dauernde, immer wiederholte Schlagwortpropaganda bewirkt, daß allein die Erwähnung bestimmter Reizworte wie „Faschismus“, „Rechts“, „Nationalismus“, „Ausländerfeindlichkeit“ negative Assoziationen reflexiv (also unterbewußt) hervorruft und zu einem propagandakonformen Verhalten veranlaßt. Die Adressaten der Propaganda wissen, was von ihnen erwartet wird und befürchten negative Bewertung, Ausgrenzung, wenn sie nonkonform reagieren sollten. Dieses Verhalten ist stärker aus dem Gefühl und weniger aus dem Verstand oder aus Sachkenntnis zu erklären. Die Methode dient der Beherrschung der Bevölkerung, indem negative Gefühle gegen die zitierten Begriffe geweckt werden. Damit möchte man nicht in Berührung kommen. (Siehe H. H. Knütter: Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat, S. 9-12, Lit.Verz.).

8. Der angebliche deutsche „Selbthaß“ und der „Schuld kult“

Es geht hier um das Problem des nationalen Selbstbildes. Für gewöhnlich handelt es sich um Äußerungen des Nationalbewußtseins, das ein positives Bild der eigenen Nation einschließt. Weniger beachtet werden kritische, gar abschätzige Urteile über das eigene Volk, die Nation und ihre Traditionen. Gerade um diese geht es hier im Blick auf das deutsche Beispiel.

Die Bevölkerung aller modernen Nationen und die Mitglieder anderer sozialer Gruppen (Religionsgemeinschaften, ökonomische und kulturelle Interessengruppen) neigen dazu, ein starkes, motivierendes, zur Tat anregendes Selbstbewußtsein zu entwickeln. Da mutet es seltsam, ja feindlich an, wenn von Angehörigen der eigenen Gruppe eine herabsetzende Kritik an der Gemeinschaft erfolgt. Hierzu wird der unzutreffende Ausdruck „Selbthaß“ benutzt, unzutreffend, weil diejenigen, die sich so äußern, keineswegs sich selbst hassen, sondern die anderen Glieder der eigenen Sozialgruppe. Diese denken und verhalten sich nicht so, wie manche oppositionell eingestellte Einzelgänger wollen,

und das führt aus Zorn und Enttäuschung zu herabsetzender Kritik. Oft richtet sich der Haß nicht gegen Personen, die „Mitmenschen“, sondern gegen Gemeinschaftsideen, Handlungs- und Verhaltensweisen. Die haßerfüllte Ablehnung richtet sich gegen die herrschende Geschichtsauffassung, die Traditionen, die Werte, die Kultur. Es wird nicht der einzelne Deutsche gehaßt, sondern das „Deutschtum“, die Vorstellung eines nationalen Bildes.

Diese Erscheinungen hat es in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, dem Zeitalter der Nationalstaaten und der pluralen, divergierenden Weltanschauungen, gegeben. Eventuell kann man die konfessionellen Streitigkeiten der frühen Neuzeit (16./17. Jahrhundert, Zeitalter der Reformation und der Glaubenskriege) mit einbeziehen. Statt von „Selbsthaß“ sollte man von „Gruppen-Feindschaft“ sprechen. Die politische Bedeutung liegt in der Gefährdung, eventuell gar in der Auflösung des gemeinschaftlichen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, denn der Haß richtet sich immer gegen die Anderen. Eine echte Selbstverachtung, auf einer krankhaften Melancholie beruhend, braucht hier nicht behandelt zu werden, weil es sich um eine psychische Erkrankung ohne politische Bedeutung handelt.

Ein Grenzproblem dieser Form der gegen die eigene Volks- oder Sozialgruppe gerichteten ablehnenden Kritik ist der sogenannte „Schuld-kult“. Hier handelt es sich bei den deutschen Beispielen um eine Reaktion auf die Niederlagen in den beiden Weltkriegen des ideologisch zerspaltenen 20. Jahrhunderts. Zusammengebrochen sind neben den politischen Institutionen (gesellschaftliche und politische Strukturen) auch nationale Werthaltungen, Konventionen (Traditionen), soziale Milieus (z. B. militärischer Art) und Rituale des sozialen Umganges.

Nach dem 1. Weltkrieg hat es Deutungsversuche linker, linksliberaler und anarchistischer Richtung gegeben, Deutschlands Schuld am Kriege zu bekennen, um damit die Anerkennung der Feindmächte zu gewinnen. Als Beispiele seien hier der kurzzeitige bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner und vor allem der Pädagoge Prof. Friedrich Wilhelm Foerster (1869-1966) genannt. Dessen einschlägige Werke: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland (1920), Po-

litische Ethik (1925 und öfter), Politische Erziehung (1959 und öfter), Erlebte Weltgeschichte (Memoiren 1953). Seit 1940 lebte und wirkte Foerster in den USA.

Mit diesen Schuldbekennnissen ist das Bestreben nach einem geistigen Wandel fort von den nationalen Traditionen verbunden, die Deutschland auf seinen vermeintlichen Irrweg geführt hätten. (Alexander Abusch, siehe Lit.Verz.). Diese Bestrebungen, die eigene Schuld zu bekennen, hat einer „Umerziehung“ gedient, die machtstaatliche Traditionen und Wertvorstellungen aufheben sollte. Das gilt sowohl für die westlichen Besatzungszonen (ab 1949 Bundesrepublik Deutschland) wie für die Sowjetzone, in der ein am Vorbild der Sowjetunion orientiertes politisch-soziales System oktroyiert wurde. Zum „Schuldskult“ gehören auch nach dem Ende des Kommunismus erhaltene Denkmäler, die den Sieg über Deutschland zugunsten der Feindmächte, in diesem Falle der Roten Armee, preisen: In Berlin gibt es zwei große Exemplare, in Berlin-Treptow und im Tiergarten. Auch in mehreren Städten der ehemaligen DDR gibt es Beispiele dafür.

Es liegt in der Absicht der Schuldbekennnisse, das politische Denken und Verhalten zu steuern und einem machtstaatlichen Verhalten eines erneuerten Deutschland entgegenzuwirken. In diese Richtung geht die seit 1945, insbesondere seit 1990 vorherrschende Tendenz der öffentlichen Meinung.

9. Linksintellektuelle und linksbürgerliche Versuche, ein „anderes“ Deutschland zu schaffen

In linken, progressiven Kreisen bestand eine Abneigung gegen das vorherrschende politisch-gesellschaftliche Klima im Deutschen Reich und in seiner Vormacht Preußen im 19. und 20. Jahrhundert. Es ging um einen Widerwillen gegen den vorherrschenden Konservatismus, gegen die absolute und konstitutionelle Monarchie, die als autoritär empfunden wurde. Bestrebungen zur Freiheit des „III. Standes“, des Bürgertums und des im 19. Jahrhundert entstehenden Industrieproletariats, trugen Konflikte in die politischen und sozialen Verhältnisse des 1871 gegründeten Deutschen Reiches. Diesen Zeitgeist hat der Wissensso-

ziologe Karl Mannheim (1893-1947) in seinem grundlegenden Werk „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus“ (1935) behandelt, indem er den Begriff „Fundamentaldemokratisierung“ prägte. Dieses Prinzip bezeichnet die Emanzipation des unselbständigen Untertanen zum selbstbewußten Staatsbürger, beginnend mit der Zeit der Aufklärung. Der Bürger sieht sich nicht mehr als bloßes, gehorsames Objekt obrigkeitsstaatlicher Verwaltung, sondern er gestaltet die Verhältnisse selbstbewußt mit. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt vermitteln das Wissen, wirtschaftlicher Wandel und Industrialisierung die ökonomischen Möglichkeiten, die Lebensverhältnisse mitzugestalten. Die Angelegenheiten erweisen sich für den Staatsbürger als machbar. Die Fundamentaldemokratisierung erweiterte die Selbstbestimmung, und sie steigerte sich von den Anfängen in der frühen Aufklärung bis zum 19.-21. Jahrhundert. Gesundheit, Besserung der sozialen Situation, Schaffung eines subjektiven Freiheits- und Selbständigkeitsraumes – das alles unterlag nicht mehr ausschließlich dem Willen des fürstlichen Gottesgnadentums, sondern unterlag, wenngleich noch nicht vollständig, aber doch weitgehend, der Machbarkeit durch den Menschen. Also: Statt Erlösung in der Transzendenz jetzt Erlösung in einer besseren, gerechteren Sozialordnung.

Die bürgerliche Leistungsgesellschaft löste seit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts die bisherige Struktur der Gesellschaft durch ständische Privilegien ab. Der Gedanke der Gleichheit ist die Voraussetzung dieses Vorganges. Die fundamental demokratisierte Gesellschaft ist flexibel, d. h. leicht veränderbar. Die Menschen haben die Möglichkeit, durch eigene Initiative aufzusteigen und ihre gesellschaftliche Stellung zu verändern. Die große französische Revolution von 1789 wirkte in diesem Sinne. Nicht mehr die soziale Abstammung bestimmte die Lebenschancen, sondern wirtschaftliche Erfolge. Allerdings behielt die Abstammung aus adligen oder reichen bürgerlichen Familien, behielt die Erblichkeit von Vermögen, ihren Einfluß, wenngleich die Erbfolge von Funktionen verfiel. Insofern stimmt die Aussage, die Privilegiengesellschaft sei durch die Leistungsgesellschaft abgelöst worden. Auch dies ist eine Folge der Fundamentaldemokratisierung, durch die Standesprivilegien nicht mehr allein bestimmte Funktionen in Staat und Gesellschaft ermöglichten.

Ein wesentlicher Grundsatz der „linken Welttendenz“ des 19. und 20. Jahrhunderts ist das Gedanke der Gleichheit aller Menschen. Gegen die Ständegesellschaft der Ungleichen richtete sich das Denken, das in Schillers „Lied von der Freude“ zum Ausdruck kommt: „Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt“. (Vertonung von Beethoven). Allerdings war dies ein Wunschbild. Die Realität war und ist differenzierter. Das wurde schon in der Zeit der Französischen Revolution offenkundig. Deren Grundsatz „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ bedeutete nicht nur Integration in eine Gemeinschaft der Freien und Gleichen, sondern wurde in der Praxis zur Ausgrenzung all jener, die n i c h t Brüder (im Geiste) sind: Bourgeois, Klassenfeinde, Rassenfeinde, Fremde, Konterrevolutionäre.

Gegen den vorherrschenden Einfluß traditioneller und obrigkeitlicher, also halbabsolutistischer politischer Strukturen im Deutschen Reich von 1871 bis 1918 richtete sich eine progressive bürgerlich-liberale und eine radikalere sozialistische Opposition, die ein „anderes“, ein demokratisches Deutschland erstrebte und propagierte. Während sich diese Opposition in den staatlichen Institutionen nur zurückhaltend manifestierte, trat sie in linksintellektuellen Kreisen in der Publizistik und bei Sozialisten mit extremen, zum Teil mit revolutionären Veränderungsforderungen auf. Diese Streitigkeiten haben sich in der Schärfe eines geistig-ideologischen Bürgerkrieges abgespielt, die das politische Gemeinwesen nach 1918 bis zum Funktionsversagen belastet haben. „Deutschfeindlichkeit“ und sogenannter „Selbsthaß“ haben sich als innenpolitischer, das Miteinander und die Kompromißbereitschaft verhin-dernder Gegensatz erwiesen. (Siehe H. H. Knütter: Die Alternative für Deutschland, S. 21 f., Lit. Verz.)

10. Das Urteil über Deutschland und die Deutschen nach 1990

Die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR am 3. Oktober 1990 wurde bei manchen sogenannten „Freunden und Verbündeten“ Deutschlands als Bedrohung durch ein neu entstehendes Machtgebilde befürchtet. Das gilt für Frankreichs Präsidenten Mitte-

rrand und die britische Premierministerin Margret Thatcher. Beide traten vor 1990 mit Reden für die deutsche Einheit ein, vorausgesetzt, daß sie nicht kam. Als sie sich dann im Laufe des Jahres 1990 nicht mehr vermeiden ließ, bemühten sie sich um die Verhinderung – vergeblich. Grund dieses Verhaltens waren die Erfahrungen ihrer Nationen mit einem wirtschaftlich, politisch, technologisch und vor allem militärisch starken Deutschen Reich. Die Furcht vor einer ähnlichen Entwicklung erklärt ihre Haltung, die allerdings auch von Linksintellektuellen in Deutschland geteilt wurde. Im Herbst 1990 fand an der University of California ein Deutschland-Colloquium statt, auf dem einem Bericht zufolge die Grünen-Politikerin Petra Kelly ein negatives Deutschlandbild entwickelte: Sie „stellte ihre Landsleute als eine Bande von Giftgas-Exporteuren, Tierquälern und Antisemiten vor. Auf deutschen Straßen grassiere der Rassenhaß: Während aus den Wirtschaften Nazilieder dröhnten, würden Afrikaner ... verprügelt und angespuckt. Die Wiedervereinigung erfüllt Frau Kelly mit Trauer: Sie laufe darauf hinaus, daß die Stasi im Osten mit den Nazis im Westen nunmehr gemeinsame Sache mache.“ (Jörg von Uthmann: Dracula als Blutspender. Streitgespräch über das neue Deutschland in Kalifornien. In: FAZ 14.11.1990, S. 35).

Nach 1990 entstand ein seltsamer Wandel im Urteil über Deutschland und die Deutschen. Während vorher ganz eindeutig der Schutz vor Deutschland bei den Staaten in Ost und West vorherrschte, nahmen die negativen Urteile nach der Wiedervereinigung trotz anfänglicher Befürchtungen ab. Jetzt wurde Deutschland eher als fürsorgliche Vormacht in Europa propagiert und negative Urteile beanstandeten eine deutsche Unlust, die gewünschte stärkere Rolle zu übernehmen. Daß dennoch negative Urteile auch weiterhin unter Benutzung des Antifaschismus eine Rolle als Pressionsmittel hatten, zeigen die Reaktionen auf die deutsche Kritik an Polen und Griechenland wegen deren Europapolitik. In Griechenland wurde die Bundeskanzlerin Merkel mit Hakenkreuzbinde und Hitlerbart verunglimpft. Das unterstellte, Deutschland setze die expansive nationalsozialistische Politik fort und vollende die deutsche Vorherrschaft über die Nachbarstaaten. Ähnlich wurde die ehemalige Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach in Polen beschimpft.

Es hat also auch nach der Herstellung der deutschen Einheit eine antideutsche Propaganda gegeben, die Deutschland als „Viertes Reich“, kapitalistisch, imperialistisch und großdeutsch bezeichnete. Die antideutsche Propaganda wurde nahezu stets antifaschistisch begründet: Die jetzige deutsche Politik strebe, die Pläne Hitlers auf Vorherrschaft zu vollenden. Deshalb gelte es, das Wiedererstehen eines Machtstaates zu verhindern. Auch in Zukunft ist mit dieser Methode immer dann zu rechnen, wenn die europäische Führungsmacht Deutschland durch verschiedene Maßnahmen bei einzelnen Gliedstaaten der Europäischen Union aneckt und Widerspruch herausfordert.

11. Die Deutschfeindlichkeit ist nicht einzigartig

In Deutschland besteht besonders seit dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Neigung zu gefühlsmäßiger Reaktion auf negative Kritik. So verständlich dies wegen der bössartigen Hetzpropaganda erscheinen mag, so notwendig ist doch eine zurückhaltende differenzierte Bewertung. Die Deutschfeindlichkeit ist nämlich nicht einzigartig. Zahlreiche negative Urteile über andere Völker, Volksgruppen und Nationen, über soziale, religiöse, konfessionelle und rassische Minderheiten gibt es. Bemerkenswert sind hier die negativen, herabsetzenden, die Daseinsberechtigung absprechenden Unwert-Urteile, denn positive Einschätzungen machen keine Probleme. Die negativen aber führen zu Bezeichnungen wie „Barbaren“, „Erbfeinde“, „Unterdrücker“, „Ausbeuter“, „Vernichter“, „Unmenschen“, „Folterknechte“. Die Feindschaft richtet sich vor allem gegen Imperialmächte, denn diese beherrschen andere Völker. In der Geschichte hat es zahlreiche Imperien und Vielvölkerstaaten gegeben, in denen in der Regel ein Herrenvolk mit Gewalt die Vorherrschaft durchgesetzt hat. Als Beispiele seien das Römische Imperium, das antike Persien, China, Rußland, das Osmanische Reich, Frankreich, das Habsburgische Reich (Österreich-Ungarn), das Britische Empire und das Deutsche Reich genannt. Imperien haben als Vielvölkerstaaten eine Verfallszeit, d. h., wenn die imperiale Klammer nachläßt, zerfällt die als „Völkergefängnis“ empfundene Vorherrschaft. Es liegt aus nationalen Gründen nahe, daß wir uns hier auf das deutsche Beispiel konzentrieren. Aber es gilt zu betonen, daß im-

periale Vorherrschaft von globaler und nicht nur von nationaler Bedeutung ist.

Eine deutsche Besonderheit kann man in der späten Entwicklung des deutschen Nationalstaates sehen (dargestellt bei Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, 1959). Diese Verspätung hat in Deutschland ein Gefühl der Benachteiligung hervorgerufen, das die empfindlichen Reaktionen auf die herabsetzende Kritik erklärt. Das verständliche Bestreben, auf den Entwicklungsstand der anderen, der Nachbar-Nationen zu gelangen, auch einen „Platz an der Sonne“, auch Kolonialbesitz zu erlangen, hat neben vielen positiven Erfolgen beim verspäteten Deutschland auch zu Übersteigerungen geführt, die bei den Nachbarn neben Neid auch Bedrohungsängste hervorgerufen haben.

Diese Klarstellungen dienen nicht der Verharmlosung der antideutschen Propaganda, deren negative Folgen für Staat und Volk damit nicht bagatellisiert werden. Für eine zutreffende und sachliche Beurteilung ist aber die Erkenntnis nötig, daß es zahlreiche Beispiele für negative nationale Fremdbilder gibt, deren Vergleich immer herangezogen werden sollte.

12. Was zu tun ist. Wie soll auf die Angriffe reagiert werden?

Es geht um vernünftige und wirksame Reaktionen. Zu unterscheiden sind Angriffe, die in der Furcht vor einem mächtigen Gegner oder Konkurrenten begründet und damit verständlich sind. Anders verhält es sich mit der Hetze psychopathischer Deutschfeinde („Deutschland verrecke“) Es ist hier nicht der Ort, auf Einzelfälle Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Generell gilt, daß in solchen Fällen keine Toleranz angebracht ist.

Während sich in der jüngeren Geschichte staatliche Auflösungsstendenzen in zahlreichen Nationalstaaten gezeigt haben: Großbritannien, Belgien, Spanien, Italien, auch vollendete Auflösungen: Jugoslawien, Tschechoslowakei, Sowjetunion – ist zur gleichen Zeit in Deutschland

die gegenteilige Entwicklung eingetreten: Trotz bereits vollendeter Spaltung (nach 1945), der Gründung zweier politisch und ideologisch gegensätzlicher Staaten (BRD und DDR) und zahlreicher regionaler Abspaltungen (Saar, Österreich, Sudetengebiet, Ostgebiete), trotz ideologischer Festigung der Unterschiede (Sozialismus contra westliche Demokratie), ist es 1989/90 zu einer Vereinigung (besser Neuvereinigung als Wiedervereinigung) der bereits getrennten deutschen Staaten gekommen. Bereits 1957 hatte sich in der abgetrennten Saar das gesamtdeutsche Zusammengehörigkeitsgefühl durchgesetzt. Diese kulturelle und geschichtsbewußte Stabilität ist bemerkenswert gegenüber manchen Unsicherheiten deutschen Selbstbewußtseins.

Die Behauptung, die Deutschen seien wehleidig, bemühten sich manchmal in übertriebener Art und Weise, jedermanns Liebling zu sein, ist ein Spiegelbild, das die Deutschen sich zu Recht kritisch verhalten lassen müssen.

Aus der Vergangenheit ist eine Lehre zu ziehen: Immer wenn die Interessen der anderen in der Weise berührt sind, daß es mit deutschen Interessen zu einer Kollision kommt, wird man auch in Zukunft mit „Deutschfeindlichkeit“ zu rechnen haben. Es handelt sich also bei den sogenannten „Freunden und Verbündeten“ nicht um selbstlose Freunde, sondern um Interessenpartner, auf die man sich verlassen kann, solange sie in diesem Geschäft ihren Vorteil wahren. Andernfalls ist es mit der „Freundschaft“ gleich vorbei. Ein wichtiger Grund, der in der Vergangenheit unsichere Reaktionen auf deutscher Seite ausgelöst hat, ist entfallen: Es ist ein Alldruck der Bundesregierungen von Konrad Adenauers Zeiten an gewesen, die westlichen Verbündeten könnten sich über den Kopf der Bundesrepublik hinweg mit der Sowjetunion einigen, so daß das antideutsche Kriegsbündnis wieder entsteht. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes ist diese Furcht geschwunden. Der Vorgang der deutschen Einigung 1990 hat gezeigt, daß sich unsere westlichen „Verbündeten“ nur widerstrebend auf den Vorgang eingestellt haben, als er nicht mehr zu verhindern war.

Deutschland und die Deutschen sind in ihrer Existenz gefährdet allein aufgrund ihrer geopolitischen Lage: Mit offenen Grenzen in einem

Spannungsgebiet zwischen Ost und West. Groß und bedeutend genug, um anderen lästig und gefährlich zu sein, sind die Deutschen nicht groß und mächtig genug zur Vorherrschaft in Europa. Vom Mittelalter an über den Westfälischen Frieden 1648, die Reichseinigung 1871 bis in die Gegenwart, die vierzigjährige Spaltung im 20. Jahrhundert hat die Geschichte den Deutschen die Lehre erteilt, daß weder die Machtpolitik noch die Nachgiebigkeit es allen recht machen kann. Eine vorsichtige und zugleich selbstbewußte Balancepolitik, die Stärke mit Zurückhaltung verband, hat zwischen 1871 und 1890 eine zeitweilige Sicherheit ermöglicht. Ein wichtiges Ergebnis der Erfahrungen deutscher Geschichte und insbesondere der weltpolitischen Wandlungen der Zeit ab 1985/89 ist es, daß Politik ein stetes Fließen ist und Realitäten sich dauernd verändern.

Was haben die deutschfeindlichen Angriffe bewirkt? Sie haben aufgeregte Reaktionen hervorgerufen, haben deutsche Politiker zu Versicherungen des Wohlverhaltens veranlaßt und in personeller Hinsicht manche Entscheidung beeinflußt. Alles in allem wurde aber nur reagiert, bagatellisiert und verdrängt. Die Reaktionen waren wehleidig-wütend, beflissen und auch hämisch zustimmend. Die offizielle Politik – Regierung, Behörden, Wirtschaft – reagierte aufklärend, mit gutem Zureden, letzten Endes wirkungslos, weil das Motiv „Machtinteresse“ bei Meinungsführern verkannt wurde. Das einzige Mittel, über das die Bundesrepublik Deutschland verfügte, wurde eingesetzt: Wirtschaftliche Vergünstigungen und Geld. Anschließend wunderte man sich, daß die Attacken, die solchen warmen finanziellen Regen ausgelöst hatten, nicht aufhörten, sondern weitergingen.

Hier werden die Vorschläge, wie verfahren werden könne, zusammengefaßt:

1. Deutschfeindlichkeit ist keine Besonderheit. Feindvorstellungen in der Politik sind die Regel. Derartige Angriffe dürfen aber nicht mit Nichtachtung übergangen werden, denn eine Schädigung oder Isolierung des Angegriffenen ist möglich.
2. Kritik und Selbstkritik sind positiv. Sie haben eine helfende, aufbauende, zukunftsweisende Wirkung. Voraussetzung ist, daß der Kritisierte

seiner Werte und Maßstäbe sicher ist. Das ist wegen zahlreicher Traditionsbrüche in Deutschland nicht der Fall. Von der positiven Kritik zu unterscheiden sind Haß und Ressentiments sowie Erscheinungen des fälschlich sogenannten „Selbsthasses“. Soziale und psychische Spannungen sind die Ursache. Rationaler Beeinflussung sind diese Gefühle kaum zugänglich.

3. Die Neigung zum Bagatellisieren ist die negative Kehrseite jener aufgeregten Hysterie, die jedes Wort der Kritik als böswillig deutet.

4. Von besonderer Bedeutung ist die Antifa-Propaganda. Seit dem ideologischen und moralischen Zusammenbruch des „Realsozialismus“ hat der Antifaschismus an Bedeutung und Lautstärke zugenommen. Zwar gab es ihn seit 1922, aber seit dem ideologischen Verfall des Marxismus-Leninismus-Stalinismus-Maoismus ist der Antifaschismus als Rest-Ideologem geblieben. Er dient den verbliebenen Linken als Existenzrechtfertigung. „Nie wieder Faschismus und Krieg“ ist eine Kampfphrase, wirkungsvoll, weil auf diese Weise naive Bürgerliche, Liberale und Religiöse angeworben werden können. Mit der angeblichen Gefahr einer NS-Renaissance werden sie in Furcht versetzt und mobilisiert. Dieser „Kampf gegen Rechts“ hat den Einfluß der Linken trotz seiner rein negativen Tendenz stabilisiert. Der Nachweis der Verbindung des Antifaschismus mit der Deutscheindlichkeit (Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, 1947) ist deswegen eine wichtige Abwehr- und Selbstbehauptungsmaßnahme.

5. „Was Peter über Paul sagt, charakterisiert mehr Peter als Paul“ (zitiert bei Hans-Joachim Maaz: Der Gefühlsstau, Berlin 1990) – dieses Wort ist auf jene national-masochistischen Intellektuellen und ihre „Halt´s Maul, Deutschland“ und „Deutschland verrecke“ schmähende Gefolgschaft anzuwenden. Warum richtet sich die Abneigung gegen das eigene Volk, die eigene Nation? Es gibt in Deutschland eine vulgarisierte Hegeltradition, die unter Gebildeten, gewiß zum Teil unbewußt, wirksam ist: Der Idee, dem abstrakten Ideal, gebühre Vorrang vor der Realität. Diese Intellektuellen fühlen sich einem idealisierten Volk einfacher Menschen verbunden, einem Abstraktum, fern der Realität. Den konkreten einzel-

nen Angehörigen des Volkes, die der reinen Lehre nicht entsprechen, begegnen sie mit Abneigung bis hin zum Haß. Alles, was mit Nation, Staat, Volk, Reich, Preußen, Obrigkeit, Opfermut, Hingabe, Ordnung, Disziplin, bürgerlichen Traditionen zu tun hat, erscheint als „rechts“ bis hin zum „Faschismus“. Der ganze Widerwille einer hedonistisch, auf Selbstverwirklichung und Individualrechte eingestellten Schicht richtet sich gegen diese Mentalität konservativer Überlieferungen.

Die Therapie hat sich aber auch mit ausländischen Äußerungen über Deutschland und ihren möglichen Wirkungen zu befassen. Es ist wichtig, jene Interessenvertreter zu entlarven, denen es darum geht, das Deutschenbild in manipulativer Absicht zu benutzen, finanzielle Leistungen oder politisches Verhalten mit dem Mittel des psychischen Drucks und der erpresserischen Hinweis auf die deutsche Vergangenheit zu erlangen.

Es wäre pädagogischer Allmachtwahn zu erwarten, Bildung und Aufklärung könnten erreichen, was die Politik nicht zu leisten imstande ist. Beide können nur unterstützend die Politik begleiten.

Wir leben in einer Zeit alles durchdringender Dynamik, die sich in einem ständig zunehmenden Tempo der Veränderung und Erneuerung im öffentlichen und privaten Bereiche zeigt. Der weltpolitische Wandel epochalen Ausmaßes der Jahre und Jahrzehnte zeigt, daß selbst lange feststehende internationale Verhältnisse und politische Strukturen dem Wandel unterliegen. Selbstbewußtsein und Behauptungswille sollten sich – soweit das überhaupt möglich ist – frei von Emotionen und rational äußern. Aufklärung über historische, soziale und politische Zusammenhänge bleibt nach wie vor notwendig. Auch wenn die Kompetenz der Wissenschaft zu Prognose und Problemlösung nicht überschätzt werden darf, sollte sie nicht vernachlässigt werden. Wir haben es – etwa bei der Chance zur deutschen Einheit 1989/90 – erlebt, daß Gedanken und Utopien von heute zur Wirklichkeit von morgen geworden sind. Gerade die epochalen Umbrüche unserer Zeit lehren uns, die weiterhelfende Wirkung von Wissenschaft und Aufklärung nicht geringzuschätzen.

13. Benützte und weiterführende Literatur

Hier wird keine umfassende Bibliographie geboten, sondern ein Verzeichnis der benutzten Literatur. Ein Teil der Titel enthält erläuternde Kommentare. Zur weiterführenden Literatur wird auf das Verzeichnis in Hans-Helmuth Knütter: Deutsche Feindlichkeit (siehe in diesem Verzeichnis Nr. 13) hingewiesen. Aus diesem Buch wurden Textteile in bearbeiteter und modernisierter Art für diese Broschüre übernommen.

1. Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin: Aufbau-Verlag 1947, 272 S. Der Autor (1902-1982) war nach der Emigration in Mexiko (1941-1946) Kulturminister der DDR von 1958 bis 1961.
2. Archiv der Gegenwart (AdG). Die weltweite Dokumentation für Politik und Wirtschaft. (Erschien 1931 bis 2004) Königswinter: Siegler-Verlag.
3. Blumenwitz, Dieter: Feindstaatenklauseln. Die Friedensordnung der Sieger. München/Wien 1972.
4. Blumenwitz, Dieter: Was ist Deutschland? Staats- und völkerrechtliche Grundsätze. Bonn 1982.
5. Eichholz, Dietrich (Hg.): Faschismusforschung. (Ost-)Berlin 1980.
6. Epstein, Klaus: Das Deutschlandbild der Amerikaner. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/62, 21. 11. 1962.
7. Forbes, Monica H.: Feindstaatenklauseln, Vier-Mächte-Verantwortung und Deutsche Frage. Zur Fortgeltung der Artikel 53 und 107 der Satzung der VN. Baden-Baden 1983.
8. Frenzke, Dietrich – Jens Hacker – Alexander Uschakow: Die Feindstaatenartikel und das Problem des Gewaltverzichts der Sowjetunion im Vertrag vom 22.8.1970. Berlin 1971.
9. Gethmann, Karl Friedrich – Friedrich-Wilhelm Graf: Identität – Haß – Kultur. Göttingen: Wallstein-Verlag 2019, 260 S.
10. Institut für Staatspolitik: Die Grünen – Deutsche Feinde auf der Regierungsbank. Wissenschaftliche Reihe Heft 38. Schnellroda/ Steigra 2019, 52 S.
11. Kaufman, Theodore N.: Deutschland muß vernichtet werden. Unveränderter Nachdruck der Schrift „Germany must perish!“ Newark, New Jersey 1941. Bremen: Facsimile Verlag 1985, 99 und 96 S.

12. Knütter, Hans-Helmuth: „Die Alternative für Deutschland – AfD verändert Deutschland“. Hamburg: Die Deutschen Konservativen 2018, 30 S.
13. Knütter, Hans-Helmuth: Deutschfeindlichkeit – gestern, heute und morgen ...? Asendorf: Mut-Verlag 1991, 172 S. Hieraus sind zahlreiche Textteile für diese Broschüre in bearbeiteter und modernisierter Art entnommen. Der Band enthält ausführliche kommentierte bibliographische Angaben.
14. Knütter, Hans-Helmuth: Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat. Hamburg: Die Deutschen Konservativen 2017, 26 S.
15. Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln: Kiepenheuer& Witsch 2001, 553 S.
16. Kuby, Erich: Der Preis der Einheit. Ein deutsches Europa formt sein Gesicht. Hamburg: Konkret Literatur 1990, 112 S. Typische linksintellektuelle Äußerung von Wut und Enttäuschung über eine Bevölkerung, die nicht so will, wie sie nach Meinung anmaßender intellektueller Meinungsführer eigentlich sollte. Charakteristisches Zitat: „... nichts erlaubt uns auch nur anzunehmen, ein deutscher Gesamtstaat von 80 Millionen Menschen in der Mitte des westlichen Europas werde sich anders verhalten als das Bismarcksche, Wilhelminische und auch das nationalsozialistische Deutschland – nicht in den Details seiner praktizierten Politik, sondern im Generellen in der Tendenz, die wiederum, wir erleben es seit einem Jahr, auf Machtentfaltung, Aggression, Rücksichtslosigkeit angelegt ist und im ganzen einen antizivilisatorischen Charakter hat und haben wird.“
17. Lietzmann, Sabina: Laßt doch die Deutschen weinen. Gefährliche Deutschland-Klischees in Amerika. In: FAZ 12.12.1961.
18. Lipski, Jan Józef: Zwei Banditen. In: Der Spiegel 34/ 20. 8. 1984, S. 90 f.
19. Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Leiden 1935 (und öfter).
20. Meissner, Boris (Hg.): Moskau – Bonn, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1973. Köln 1975.
21. Pflüger, Walter: Die Deutschland- und Berlin-Frage und die Feind-

- staatenartikel der UN-Charta. In: Gottfried Zieger: (Hg.): Deutschland und die Vereinten Nationen Köln 1981, S. 73-91.
22. Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Stuttgart 1959 (und öfter) 196 S.
 23. Trautmann, Günter (Hg.): Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft 1991, 333 S. Insgesamt 24 Experten aus 11 Ländern äußern sich über den Zustand und die Rolle Deutschlands vor allen nach 1989.
 24. Trützschler von Falkenstein, Werner: Die sich ändernde Bedeutung der Feindstaatenartikel (Art. 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen) für Deutschland. Berlin und Frankfurt a.M. 1975.
 25. von Uthmann, Jörg: Dracula als Blutspender. Streitgespräch über das neue Deutschland in Kalifornien. In: FAZ 14.11.1990, S. 35
 26. Wickert, Ulrich: Angst vor Deutschland. Hamburg: Hoffmann und Campe 1990, 335 S. In diesem Sammelband äußern sich 28 Politiker und Schriftsteller aus Deutschland, West- und Osteuropa. Es wird deutlich, daß ein Teil der hier vertretenen Deutschen mehr Angst vor Deutschland hat als die Ausländer.
 27. Wie Amerika während des Krieges über Deutschland dachte. In: Die amerikanische Rundschau 3, 1947, Heft 13.
 28. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Überleitungsvertrag und „Feindstaatenklauseln“ im Lichte der völkerrechtlichen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, 2006. WD – 108/06.

Der Autor

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter stammt aus Stralsund, wo er 1934 geboren wurde. Dort lebte er, bis die politischen Verhältnisse der DDR die Familie zur Flucht nach West-Berlin zwangen. Die negativen Erlebnisse unter der Herrschaft des „Real-Sozialismus“ haben ihn in allgemein menschlicher und politischer Hinsicht stark geprägt. Nach dem Abitur 1954 studierte er Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Im Jahre 1960 Promotion und 1971 Habilitation an der Universität Bonn, dort von 1972 bis 1996 Professor für Politische Wissenschaft.



Hauptarbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Ideengeschichte, politischer Extremismus, insbesondere des linken Spektrums.

Zeitweilig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung (1985-1989) und Gastreferent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Heimerzheim bei Bonn.

Hauptveröffentlichungen:

Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Bonn 1961, 2. Aufl. 1962. Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971. Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Frankfurt/Berlin 1993, 2. Aufl. 1994. Die Faschismuskeule. Hauptinstrument der Linken. Neubearbeitung Schnellroda 2018.

Herausgeber:

Mit Stefan Winckler: Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr. Graz 2002

Mit Stefan Winckler: Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind. München 2000.

Mit Josef Schüßlburner: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutzbericht. Schnellroda 2007.

Insgesamt 473 Veröffentlichungen, darunter mehrere Artikel und Broschüren der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V..



Der angebliche deutsche Selbsthaß und der Schuld kult

Hier werden am Beispiel der Deutschfeindlichkeit negative Urteile über andere Völker und Gesellschaftsgruppen (Religionsgemeinschaften, neue Parteigründungen) betrachtet.

Wie hat sich das Bild der Deutschen im Laufe der Neuzeit gewandelt? Die Interessen der Feinde werden ebenso beleuchtet wie die Hintergründe. Besondere Bedeutung finden der angebliche „Selbsthaß“ mancher Deutscher und der „Schuld kult“ im 20. Jahrhundert. Schließlich wird die Möglichkeit des Widerstandes behandelt.

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter